Internet und Demokratie Spätestens mit dem Erfolg der Piratenpartei wird sichtbar, dass das Internet die Politik verändert. Ein Überblick, was die Netzgemeinde antreibt und wie ihre neuen Vertreter arbeiten

Was die Netzwelt bewegt

Die Macht des Schwarms

Das Internet hat die Regeln der Kommunikation verändert

Barbra Streisand war eine der Ersten, die sie zu spüren bekam: die Macht des Schwarms. 2003 verklagte die Sängerin das Webportal Pictopia.com, weil es unerlaubt ein Foto von ihrem Strandhaus zeigte. Womit Streisand nicht rechnete: Tausende Internetnutzer solidarisierten sich mit Pictopia und verbreiten das Bild weiter – die Sängerin hatte mit ihrem Verbot genau das Gegenteil erreicht.

Den sogenannten Streisand-Effekt erleben Menschen bis heute, wenn sie Informationen im Internet unterdrücken wollen. Denn der Schwarm der Nutzer ist mächtig. Druckereien sind heute nicht mehr nötig, um zu publizieren. Jeder kann veröffentlichen, ein Internetanschluss genügt. Für junge Menschen ist das eine Selbstverständlichkeit. Sie bloggen und twittern, stellen Bilder ein, zeigen Videos. Sie vernetzen sich auch miteinander, verbünden sich auf Zeit, um Ziele zu erreichen. So werden Fakten, Meinungen und Stimmungen platziert, geteilt, und verbreiten sich oft rasend schnell. „Aufschaukelung durch Resonanz“, nennt es der Netzforscher und Organisations-Psychologe Peter Kruse, wenn ein Thema plötzlich explodiert in der virtuellen Welt. Und wehe dem, der zum Opfer eines Shit-Storms wird, eines Sturms der Empörung im Netz. So schnell wird aus Schwarm-Intelligenz ein virtueller Mob.

Das Internet, sagt Kruse, ist ein „Angriff auf die etablierten Regeln der Macht“. Demonstranten organisieren sich über das Netz – um sich auf realen Straßen zu versammeln. Revolutionen werden im Internet begleitet. Bürgerinitiativen nutzen soziale Netzwerke. Auch Politiker tun es zunehmend. Und Terroristen. Das Netz ist neutral. Durch den Schwarm seiner vernetzten Nutzer wird es zu einem Machtfaktor.

DIE AUSLÖSER I

Zensursula

„Zensursula“: Gibt man diesen Begriff bei Google ein, spuckt die Suchmaschine rund 350 000 Ergebnisse aus. Dabei ist „Zensursula“ ein Kunstbegriff, zusammengesetzt aus den Worten Zensur und Ursula, dem Vornamen der damaligen Familienministerin von der Leyen.

Das Wort wurde kreiert, als von der Leyen 2009 ihre Pläne präsentierte, im Kampf gegen Kinderpornografie Internetseiten vom Bundeskriminalamt sperren zu lassen. Ein auf den ersten Blick hehres Ziel. Trotzdem blies der CDU-Politikerin ein Sturm des Protestes ins Gesicht. Kritiker fürchteten, dass die Kinderporno-Sperren der Einstieg in eine weitergehende, staatliche Netz-Zensur sein würden. Immerhin gab und gibt es regelmäßig Begehrlichkeiten, unliebsame Inhalte im Web sperren zu lassen. Mit Zensursula bekam die regulierende Politik ihr Gesicht – und Internetaktivisten hatten ihr Feindbild.

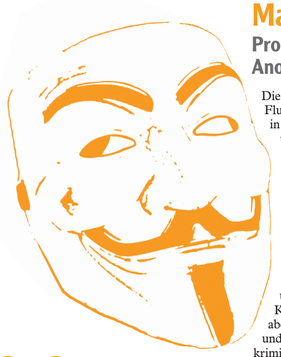
DIE AUSLÖSER II

Stasi 2.0

Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchung, Netzsperren: Im Kampf gegen den Terror entwickelten deutsche Sicherheitspolitiker in den vergangenen Jahren immer neue Gesetze, um die Überwachung des Internets und seiner Nutzer auszubauen. Der Protest gegen die „Einschränkung digitaler Bürgerrechte“ sammelte sich ab 2007 unter dem Begriff „Stasi 2.0“. Zum Symbol der Bewegung wurde die „Schäublone“: Sie zeigt den damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble.

Hinter der Maske

Pro und Contra Anonymität



Die Anonymität des Internets ist Fluch und Segen zugleich. Schon in Zeiten des Usenets – der digitalen Pinnwände der 90er Jahre – schrieben deren Nutzer anonym und unter Pseudonym. Daran hat sich kaum etwas geändert. In vielen Blogs und Foren, in Wikis und Kommentarecken äußern sich bis heute „Mausi0815“ und „Kommentator01“ neben „Monika Mustermann“ und „asdfg“. Manchmal freier und offener, als sie es unter Klarnamen tun würden. Oft aber auch polemisch. Ungerecht und feige, böse. Bisweilen sogar kriminell.

Anonymität ist ein wichtiger Teil des Internets. Sagen deren Verfechter. Und sind bereit, dafür zu kämpfen. Andere – Ermittler, Anti-Terror-Behörden, auch Sicherheitspolitiker – sehen das anders. Und auch die Werbeindustrie unternimmt viel, um hinter die Masken der Anonymität zu blicken. Unterstützt wird sie dabei von den Facebooks und Googles dieser Welt. „Datenkraken“ werden sie gelegentlich genannt.

Für Anonymität und Datenschutz im Internet kämpfen bisweilen auch diejenigen, die bei Facebook ungehemmt ihre Daten offenlegen. Für manche ist das ein Widerspruch. Für andere etwas sehr Grundsätzliches. Sie wollen einfach nur selbst entscheiden dürfen, wem sie welche Daten schenken.

575.000 Abmahnungen

Der Streit um das Urheberrecht wird zum Kulturkampf

Wer Nenas „99 Luftballons“ besitzen wollte, hatte 1983 als Jugendlicher drei Möglichkeiten. Er kaufte sich für sechs Mark die Single, lieh sie sich aus – oder hielt den Kassettenrekorder ans Radio, wenn bei Bayern 3 die Schlager der Woche kamen.

Heute werden digitale Inhalte mit einem Mausklick geteilt und kopiert. Weltweit und kostenlos. Musik, Filme, Artikel, Software, Bilder. Die Künstler, Hersteller und Verwerter treibt das zur Verzweiflung. Und sie schlagen zurück. Allein 2010 wurden laut Verein gegen den Abmahnwahn e.V. in Deutschland schätzungsweise 575 000 Menschen wegen Verstößen gegen das Urheberrecht abgemahnt. Betroffen waren oft Jugendliche. Gewinner vor allem die Abmahn-Anwälte.

Gema gegen Youtube, Verlage gegen Google, Anwälte gegen Tauschbörsen, Piraten gegen Kopierschutz: Der Streit um ein zeitgemäßes Urheberrecht tobt. Die einen schimpfen über die „Gratis-Mentalität“ im Netz. Die anderen plädieren für kostenlose Privatkopien und fordern attraktivere kommerzielle Angebote. Es ist ein Kulturstreit – Ende nicht absehbar.

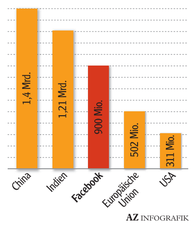
Digital Natives

Google statt Lexikon, Facebook statt Visitenkarte, iTunes statt Plattenladen: Die junge Generation ist mit Computern und dem Internet aufgewachsen. Es sind „digital natives“– digitale Eingeborene, für die das Internet und seine Möglichkeiten eine Selbstverständlichkeit sind. Digital Natives bewegen sich durch Foren und Blogs, twittern und teilen Inhalte, nutzen soziale Netzwerke zur Selbstdarstellung und zur Kommunikation. Es ist eine Generation, die das Internet so frei wie möglich nutzen will. Und sich ärgert, wenn Gesetze von gestern diese neue Freiheit regulieren sollen.

Digital Immigrants

Viele von ihnen nutzen die digitalen Möglichkeiten – auch, wenn sie diese erst als Erwachsene kennenlernten: Menschen über 40 Jahre werden gerne als Digital Immigrants, als digitale Einwanderer bezeichnet. Für sie sind MP3, Suchmaschinen und Facebook keine Selbstverständlichkeit. Sie nutzen das Internet, aber nicht unbedingt als Selbstverständlichkeit. Digital Immigrants, heißt es, erkennt man daran, dass sie E-Mails ausdrucken. Die Denkweise der Generation Internet befremdet sie gelegentlich. Umgekehrt ist es aber auch so.

Weltmacht Facebook?



Virtueller Protest vs. reales Leben

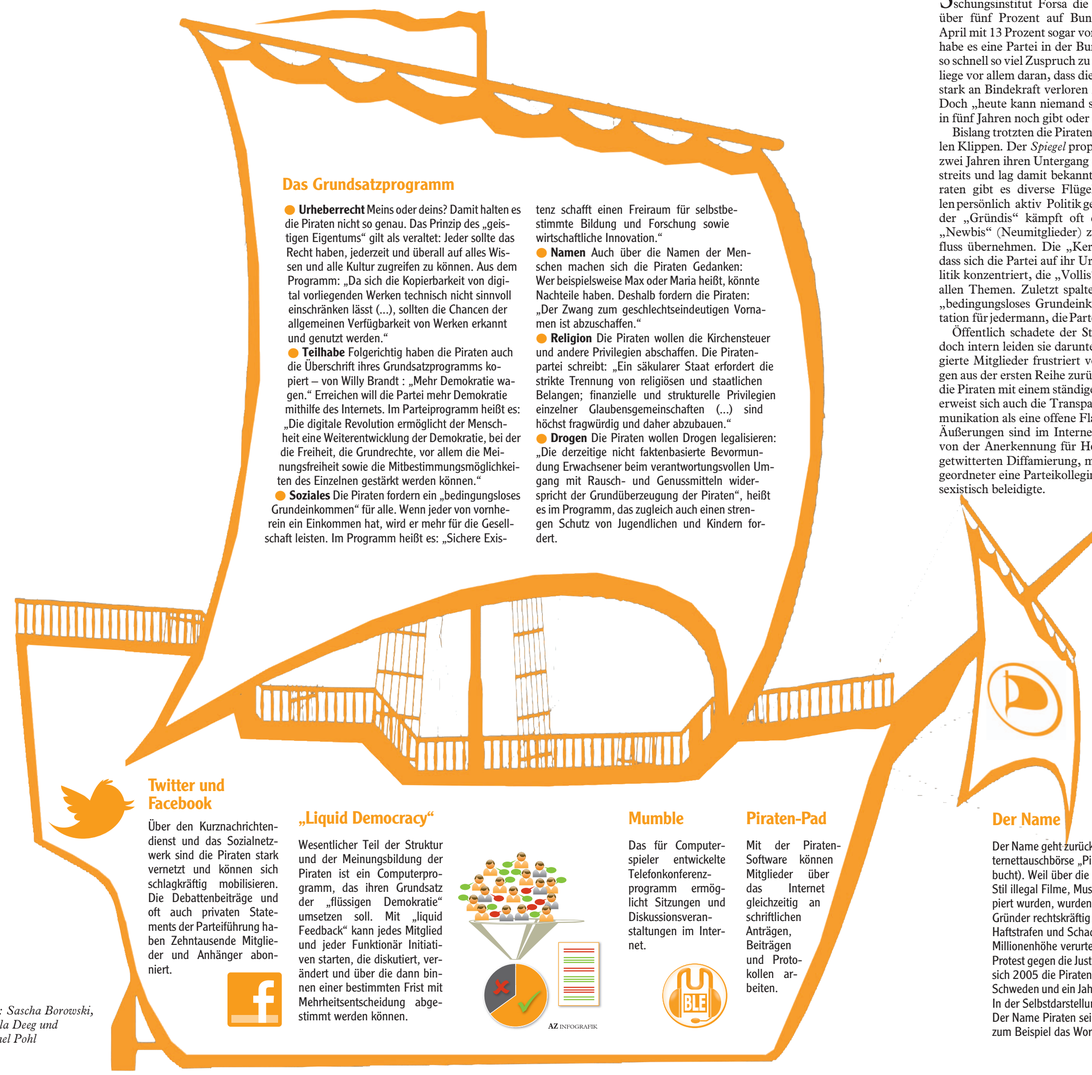
Politische Kommunikation läuft heute über viel mehr Kanäle

Wer am 18. Januar Wikipedia besuchte, hatte Pech. Die Seiten des Online-Lexikons waren schwarz – so wie Tausende andere Webseiten auch. In einer weltweiten Aktion protestierten die Betreiber der Online-Angebote gegen zwei US-Gesetze zur Bekämpfung der Internetpiraterie.

Politische Kommunikation war früher eine recht einseitige Angelegenheit. Der Politiker sendete seine Botschaft über TV, Radio oder Wahlkampf, der Wähler antwortete per Kreuzchen – oder eben nicht.

Heute läuft politischer Diskurs weitaus offener und vielfältiger ab. Meinungsartikulation und Meinungsbildung finden noch über traditionelle Massenmedien statt, aber eben auch in Blogs und Foren, bei Youtube und Twitter. Das macht es auch Graswurzelbewegungen leichter, sich Gehör zu verschaffen – und kann das Bild einer scheinbar vorherrschenden Meinung ad verfälschen. Als der frühere Verteidigungsminister zu Guttenberg zurücktrat, forderten 512 162 Fans auf Facebook „Wir wollen Guttenberg zurück“ – und fanden Gehör in vielen Zeitungen und TV-Sendern. Zu den anschließenden Pro-Guttenberg-Demos kamen nur ein paar Hundert Menschen.

Wie die Piratenpartei funktioniert



Das Grundsatzprogramm

● **Urheberrecht** Meins oder deins? Damit halten es die Piraten nicht so genau. Das Prinzip des „geistigen Eigentums“ gilt als veraltet: Jeder sollte das Recht haben, jederzeit und überall auf alles Wissen und alle Kultur zugreifen zu können. Aus dem Programm: „Da sich die Kopierbarkeit von digital vorliegenden Werken technisch nicht sinnvoll einschränken lässt (...), sollten die Chancen der allgemeinen Verfügbarkeit von Werken erkannt und genutzt werden.“

● **Teilhabe** Folgerichtig haben die Piraten auch die Überschrift ihres Grundsatzprogramms kopiert – von Willy Brandt : „Mehr Demokratie wagen.“ Erreichen will die Partei mehr Demokratie mithilfe des Internets. Im Parteiprogramm heißt es: „Die digitale Revolution ermöglicht der Menschheit eine Weiterentwicklung der Demokratie, bei der die Freiheit, die Grundrechte, vor allem die Meinungsfreiheit sowie die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Einzelnen gestärkt werden können.“

● **Soziales** Die Piraten fordern ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ für alle. Wenn jeder von vornherein ein Einkommen hat, wird er mehr für die Gesellschaft leisten. Im Programm heißt es: „Sichere Existenz schafft einen Freiraum für selbstbestimmte Bildung und Forschung sowie wirtschaftliche Innovation.“

● **Namen** Auch über die Namen der Menschen machen sich die Piraten Gedanken: Wer beispielsweise Max oder Maria heißt, könnte Nachteile haben. Deshalb fordern die Piraten: „Der Zwang zum geschlechtseindeutigen Vornamen ist abzuschaffen.“

● **Religion** Die Piraten wollen die Kirchensteuer und andere Privilegien abschaffen. Die Piratenpartei schreibt: „Ein säkularer Staat erfordert die strikte Trennung von religiösen und staatlichen Belangen; finanzielle und strukturelle Privilegien einzelner Glaubensgemeinschaften (...) sind höchst fragwürdig und daher abzubauen.“

● **Drogen** Die Piraten wollen Drogen legalisieren: „Die derzeitige nicht faktenbasierte Bevormundung Erwachsener beim verantwortungsvollen Umgang mit Rausch- und Genussmitteln widerspricht der Grundüberzeugung der Piraten“, heißt es im Programm, das zugleich auch einen strengen Schutz von Jugendlichen und Kindern fordert.

Twitter und Facebook

Über den Kurznachrichtendienst und das Sozialnetzwerk sind die Piraten stark vernetzt und können sich schlagkräftig mobilisieren. Die Debattenbeiträge und oft auch privaten Statements der Parteiführung haben Zehntausende Mitglieder und Anhänger abonniert.

„Liquid Democracy“

Wesentlicher Teil der Struktur und der Meinungsbildung der Piraten ist ein Computerprogramm, das ihren Grundsatz der „flüssigen Demokratie“ umsetzen soll. Mit „liquid Feedback“ kann jedes Mitglied und jeder Funktionär Initiativen starten, die diskutiert, verändert und über die dann binnen einer bestimmten Frist mit Mehrheitsentscheidung abgestimmt werden können.

AZ INFOGRAFIK

Mumble

Das für Computerspieler entwickelte Telefonkonferenzprogramm ermöglicht Sitzungen und Diskussionsveranstaltungen im Internet.

Piraten-Pad

Mit der Piraten-Software können Mitglieder über das Internet gleichzeitig an schriftlichen Anträgen, Beiträgen und Protokollen arbeiten.

Der Name

Der Name geht zurück auf die schwedische Internettauschbörse „Pirate Bay“ (Piratenbucht). Weil über die Internetseite in großem Stil illegal Filme, Musik und Software kopiert wurden, wurden ihre vier schwedischen Gründer rechtskräftig zu mehrmonatigen Haftstrafen und Schadenersatz-Zahlungen in Millionenhöhe verurteilt. Ausgelöst vom Protest gegen die Justizmaßnahmen gründete sich 2005 die Piratenpartei zunächst in Schweden und ein Jahr später in Deutschland. In der Selbstdarstellung schreibt die Partei: Der Name Piraten sei „positiver behaftet als zum Beispiel das Wort Raubkopierer“.

Texte: Sascha Borowski, Daniela Deeg und Michael Pohl

Die Aussichten für die Neulinge

Wie anhaltend ist der Erfolg?

Seit Oktober sieht Manfred Güllners Meinungsforschungsinstitut Forsa die Piratenpartei konstant über fünf Prozent auf Bundesebene, seit Anfang April mit 13 Prozent sogar vor den Grünen. Noch nie habe es eine Partei in der Bundesrepublik geschafft, so schnell so viel Zuspruch zu erlangen. Dieser Erfolg liege vor allem daran, dass die traditionellen Parteien stark an Bindekraft verloren haben, erklärt Güllner. Doch „heute kann niemand sagen, ob es die Piraten in fünf Jahren noch gibt oder nicht“, betont Güllner.

Bislang trotzten die Piraten bei ihrem Siegeszug allen Klippen. Der *Spiegel* prophezeite den Piraten vor zwei Jahren ihren Untergang wegen internen Dauerstreits und lag damit bekanntlich falsch. Bei den Piraten gibt es diverse Flügel: Die „Machis“ wollen persönlich aktiv Politik gestalten. Die Generation der „Gründis“ kämpft oft darum, dass nicht die „Newbis“ (Neumitglieder) zu viel Macht und Einfluss übernehmen. Die „Kernis“ wollen vor allem, dass sich die Partei auf ihr Ursprungsthema Netzpolitik konzentriert, die „Vollis“ ein Vollprogramm zu allen Themen. Zuletzt spaltete die Debatte um ein „bedingungsloses Grundeinkommen“, eine Alimentation für jedermann, die Partei.

Öffentlich schadete der Streit den Piraten nicht, doch intern leiden sie darunter, dass sich viele engagierte Mitglieder frustriert von Auseinandersetzungen aus der ersten Reihe zurückziehen. Zudem leben die Piraten mit einem ständigen Skandalrisiko: Dabei erweist sich auch die Transparenz und Internetkommunikation als eine offene Flanke. Viele umstrittene Äußerungen sind im Internet für jeden auffindbar, von der Anerkennung für Holocaustleugner bis zur getwitterten Diffamierung, mit der ein Berliner Abgeordneter eine Parteikollegin übel sexistisch beleidigte.

„Wir sind herausgefordert, uns unserer Werte neu zu vergewissern“

Interview Star-Historiker Paul Nolte über die Bedeutung des Internets – als moderner Stammtisch und als Medium eines tiefen Wandels unserer Demokratie

Herr Nolte, in Ihrem aktuellen Buch analysieren Sie historisch und systematisch den Wandel der Demokratie. Stuttgart 21 und Piraten, Internet und Occupy – aktuell wird viel diskutiert über unsere „politische Lebensform“, wie Sie es nennen. Erleben wir derzeit einen ihrer Wandel?

Paul Nolte: Ja, wir erleben in der Tat einen großen und tiefen Wandel der Demokratie. Und weil die Zweifel an ihr in Deutschland viel tiefer gehen als etwa in der Schweiz, den USA oder Großbritannien, wo das Vertrauen in die Demokratie und ihre Stabilität deutlich größer ist, sind die Veränderungen bei uns auch deutlich auffälliger.

Warum ist das so?

Nolte: Ich denke, dass die Furcht vor einer erneuten Selbstpreisgabe der Demokratie wie Anfang der 1930er Jahre in Deutschland dabei eine Rolle spielt. Die älteren westlichen Demokratien sind da aus ihrer Tradition heraus gefestigter. Und junge Demokratien wie Polen, die erst vor gut zwanzig Jahren aus der Diktatur herausgekommen sind, wissen den prinzipiellen Unterschied zwischen Freiheit und Unfreiheit noch besser als wir zu schätzen. Im Vergleich also herrscht bei uns weit mehr Verunsicherung und mangelndes Vertrauen.

Welche Rolle spielt das Internet?

Nolte: Das Internet ist das Medium dieses Wandels. Es bleibt zwar eine virtuelle, also nicht reale, sondern nur scheinbare Welt – aber hier ist der Raum, in dem sich Verunsicherung und Unzufriedenheit artikulieren und organisieren können. Und es ist eben ein sehr hilfreiches Mittel zur Schaffung einer neuen Art von Öffentlichkeit. Die Mobilisierung für Proteste und das Bekunden eines kollektiven Willens ist viel leichter geworden und schneller möglich – generell die Partizipation, also die Teilhabe an politischen Prozessen. Denn im Internet verschwinden die Hierarchien. Hier kann sich jeder jederzeit öffentlich äußern. Das bedeutet auch, dass traditionelle Zuständigkeiten infrage gestellt werden wie die von Journalisten bei der Meinungsbildung oder von Experten bei der Wissensbildung. Oder eben auch von Politikern bei der Gestaltung der Gesellschaft.

Foto: Christoph Mukherjee

Mit welchen Folgen?

Nolte: Im besten Falle führt das durch eine Art Schwarmintelligenz zu beeindruckenden Ergebnissen wie dem Internet-Lexikon Wikipedia. Aber natürlich kann dadurch letztlich nicht die Wissenschaft abgelöst werden. Wie auch Politik nicht nur noch im virtuellen Netz stattfinden kann. Zumal vieles dort ja auch anonymisiert bleibt. Aber damit, vor dem Bildschirm sitzen zu bleiben und bloß zu bloggen, ist es nicht getan. Und mit einem Flashmob auch nicht. Demokratie bleibt eine Präsenzveranstaltung. Es geht darum, sein Gesicht zu zeigen und persönlich für eine Meinung einzustehen. Und es geht vor allem darum, konkret und konstant Verantwortung zu übernehmen.

Aber die Piraten lassen bereits im Internet ihr Programm abstimmen – und auch in der FDP wird schon darüber diskutiert.

Nolte: Wichtige politische Entscheidungen werden auch in 20, 30 oder 50 Jahren noch in Parlamenten fallen.

Und doch steigt der Einfluss des Internet und reicht immer weiter in diese Prozesse herein. Das beginnt eben im Journalismus, wo Netzdebatten die Berichterstattung mitprägen, und hört bei der bloggenden Kanzlerin noch lange nicht auf. Die virtuellen Aufregungsgrade und Zustimmungsquoten signalisieren doch Bedeutung.

Nolte: Ja, aber gerade da sind die Verantwortungsträger in Medien und Politik gefragt, zu unterscheiden und zu moderieren. Denn das Problem ist ja ein altes nur in neuer Heftigkeit: das Problem des Populismus. Das Internet ist nicht selten die moderne Form des Stammtischs.

In diese Richtung weisen ja auch die immer häufiger geäußerten Bedenken, der Einfluss der Debatten im Netz könnte zu einer äußerlichen Erhitzung und inhaltlichen Verflachung des politischen Diskurses führen. Zum Beispiel fehlt vielen bei den Piraten die Substanz. Und ihr Programm ist abgesehen von der Form des Internet und der Forderung einer Liberalisierung zumindest sehr heterogen.

Nolte: Ich halte das für ein Übergangsphänomen. Das Ende des Zeitalters der Ideologie wurde ja schon vor langem ausgerufen. Und das heißt ja auch: das Ende der Zeit, in der der Wähler sich mit dem Programm einer Partei restlos identifizieren will.

Aber wenn alle Parteien nur noch über ihr Programm abstimmen ließen, also alle immer noch heterogener würden – woher dann die für die politische Diskussion unersetzliche Debatte entlang klarer Werte?

Nolte: In dieser Forderung waren wir Deutschen ohnehin schon immer besonders rigoros. Aber in der weiteren Aufweichung zeichnet sich ja nur etwas ab, was in den vergangenen Jahren schon zu so viel Verdruss geführt hat: die Austauschbarkeit der Positionen. Deshalb werden vielleicht gerade diese aktuellen Debatten wieder zu stärkeren Profilbildungen führen. Denn man darf die Anregungen der Piraten auch nicht unterschätzen – und die Implikationen ihres Freiheitsbegriffs. Natürlich können etwa die Urheberrechte nicht so einfach abgeschafft werden. Aber immerhin diskutieren wir jetzt genau darüber und stellen fest: Wir müssen dafür neue Regelungen finden. Die Herausforderung an die repräsentative Demokratie ist offenbar angekommen, wie auch eine kürzliche Rede des neuen Bundespräsidenten Gauck zu deren Verteidigung zeigte. Wir sind herausgefordert, uns mancher Werte neu zu vergewissern – auch ganz grundlegend: des Wertes unserer repräsentativen Demokratie.

Wird sie die Herausforderung überstehen?

Nolte: Es gibt die repräsentative Demokratie seit gut zweieinhalb Jahrhunderten. Und sie hat oftmals ihre Anpassungsfähigkeit und damit auch ihre Überlegenheit bewiesen – über den Wandel von der Postkutsche zur Eisenbahn zum Automobil zum Flugzeug hinweg. Die repräsentative Demokratie wird auch die Herausforderungen des Internets meistern.

Aber haben die Proteste der letzten Jahre nicht auch gezeigt, dass sie vor allem transparenter werden muss.

Nolte: Die Proteste haben gezeigt, dass wir in einer neuen Hochphase der Betroffenheitspolitik leben. Die Menschen engagieren sich vor allem bei dem, was sie vor Ort betrifft. Ein Lehrstück für die komplizierte Regelung solcher Prozesse, das wohl künftig in den Schulbüchern stehen wird, war Stuttgart 21. Allerdings gehört zum demokratischen Geist dann auch, die Mehrheitsentscheidung zu akzeptieren, nicht nur zu protestieren. Und sich auch konstant zu engagieren. Was die Forderung nach Transparenz angeht, ein weitgehend inhaltsleeres Modewort übrigens: Natürlich brauchen wir viel Offenheit in den politischen Prozessen. Aber wir haben in den vergangenen Jahren gerade durch das Internet die fundamentale Veränderung erfahren, dass die Trennung zwischen Privatem und Öffentlichem nicht mehr akzeptiert wird. Politische Arbeit muss sich aber auch in einem Schutzraum des Vertrauens abspielen, um sich grundsätzlich orientieren zu können. Dass sich die Forderung nach unbegrenzter Transparenz nämlich schnell auf ein menschenunwürdiges Maß steigern kann, haben wir am Fall Wulff gesehen. Und dass die völlige Transparenz auch die Gefahr der Demokratieverachtung mit sich bringt, hat sich kürzlich im Lynch-Aufruf nach dem Mord an dem Mädchen in Emden gezeigt.

Gibt es also triftige Gründe, sich Sorgen um unsere Demokratie zu machen?

Nolte: Es ist zumindest sehr gut, dass wir das in aller Schärfe diskutieren. Damit ist Deutschland inklusive seiner Piraten Pionier für die Debatten in anderen Ländern. Trotzdem würde uns ein wenig mehr Gelassenheit guttun. Zum Vergleich: Vor zehn Jahren gab es dringliche Warnungen – auch von mir übrigens – vor den Folgen des sogenannten Unterschichten-Fernsehens für die Gesellschaft. Die Debatte war fruchtbar, die Sorgen aber haben sich als übertriebene Sorgen herausgestellt. So wird es wohl auch hier sein.

Sie sehen also auch kein Problem darin, dass die im Internet Aktiven durch die politische Hinwendung zu ihrem Medium derzeit eine starke Lobby haben – und auf der anderen Seite eine nicht unerhebliche Zahl von Menschen gar nicht recht versteht, was da passiert und also außen vor bleibt?

Nolte: Bereits vor vielen Jahren wurde vor den Folgen der sogenannten „Digital Divide“ gewarnt, einer gesellschaftlichen Spaltung durch das Internet also. Natürlich bleibt das auf absehbare Zeit ein gewisses Problem. Allerdings auch nur als Übergangsphänomen. Ein Blick über die Grenze sorgt da für Entspannung: Die USA sind ein sehr Internet-affines Land. Aber dass Obama etwa nicht nur viele Wähler, sondern auch viel Geld in seinem Wahlkampf online werben konnte – das hat zu keinen Zweifeln an der Demokratie geführt. Sie verändert sich – wieder einmal. Und sie bleibt gerade dadurch bestehen.

Und die Piraten – werden die bleiben?

Nolte: Bedenklich an dieser Partei finde ich nicht die Internetversessenheit, sondern die Tatsache, dass dort ehemals bekennende Rechte Ortsverbände führen können; und dass die Piraten nahezu wie eine reine Männerpartei wirkt mit erkennbar antifeministischen Zügen. Ansonsten: Auch die Grünen haben mal als eine Partei des Umweltschutzes und mit ein bisschen Frieden begonnen, also mit eineinhalb Ideen. Über das beidem zugrunde liegende Thema Nachhaltigkeit aber haben sie es geschafft, sich in der Politik weit darüber hinaus zu etablieren. Ein neuer Freiheitsbegriff würde diese Chance für die Piraten durchaus auch bieten.

Das Gespräch führte Wolfgang Schütz

Paul Nolte und „Was ist Demokratie?“

● **Der Autor** Paul Nolte, geboren 1963, ist Professor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin. Seine letzten Buchveröffentlichungen – „Die Ordnung der deutschen Gesellschaft“ und „Riskante Moderne“ –, zahlreiche Zeitungsbeiträge und pointierte Formulierungen wie der von ihm geprägte Begriff des „Unterschichtenfernsehens“ haben den bekennenden Konservativen oftmals als „Star-Historiker“ auf aktuelle Diskussions-Podien gebracht.

● **Das Buch** „Was ist Demokratie?“ (Beck, 512 S., 17,95 €) heißt Noltes soeben erschienenes, systematisches Überblickswerk über den historischen Wandel dieser „politischen Lebensform“ – von der Antike bis zu den aktuellen Debatten. (ws)